

Kohle her!

Bundesweiter Banküberfall 2009

Geld für freie Bildung statt für Kapitalbesitzer!

Idee für den Aktionstag des zivilen Ungehorsams
Internes Konzeptpapier

1. Perspektive

In einem bundesweiten Banküberfall besetzen TeilnehmerInnen des Bildungsstreiks an 57 verschiedenen Orten Banken und fordern „Kohle her!“. Die Steuerknete, die gerade zur Sozialisierung der Verluste der Kapitalbesitzer und zur Deckelung der Krise des Kapitalismus verschwendet wird, soll endlich zur Lösung unserer Krise, z.B. der Krise des Bildungssystems verwendet werden. Lange Zeit wurde gesagt, dass man den Gürtel enger schnallen müsse, dass kein Geld da sei für Schulen und Unis, für öffentlichen Nahverkehr, soziale Sicherungssysteme, Lohntüten, Kindergärten, Bafög und was wir sonst noch so braucht

Damit aus einem Bildungsstreik ein Streik im engeren Sinn, also ökonomischer Druck wird, ist es notwendig, Kapital- und Warenzirkulation zumindest situationell zu blockieren. Denn die Möglichkeit, die kapitalistische Ausbeutung direkt durch Verweigerung der Lohnarbeit zu blockieren, haben wir in diesem Fall einfach nicht.

Bei vergangenen Studistreiks wurde dies erfolgreich durch Blockaden von Verkehrswegen gewährleistet. Noch treffender gelingt dies mit einer Aktion gegen Privatbanken, die vom staatlichen Bankenrettungspaket profitiert haben. Die genauen Beträge und Profiteure, sowie eine Umrechnung auf Studienplätze, Kindergartenplätze, LehrerInnenstellen etc. werden recherchiert. Beim Banküberfall sprechen wir direkt das verletzte Gerechtigkeitsempfinden einer grossen Mehrheit der Bevölkerung an (einschließlich der wenigen blockierten Bankkunden und- Beschäftigten). Die Aktion reiht sich in eine aufkommende Bewegung ein: „Wir zahlen nicht für eure, Krise!“

Studis, SchülerInnen, LehrerInnen, Reinigungskräfte von Bildungseinrichtungen genauso wenig wie Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen etc. Denn obwohl die Rezepte der Neoliberalen offensichtlich gescheitert sind, werden nach der Vergesellschaftung der Verluste der Profiteure wieder die alten Rezepte bemüht werden, um die unteren und mittleren Schichten für die Kapitalinteressen bezahlen zu lassen: Abbau der öffentlichen sozialen Infrastruktur, Ausbau von Konkurrenzdruck, Auslese- und Marktmechanismen, gerade auch im Bildungswesen.

Selbst auf den Kreis der ProtagonistInnen des Bildungsstreiks beschränkt sind Bankenpaket und staatliche Geldverschiebung ein geeigneter Angriffspunkt, weil diese für alle potentiell Beteiligten gleichermaßen Problem sind, unabhängig von der Statusgruppe (Schüdis, Studis, LehrerInnen etc.), dem konkreten Institut, der zuständigen Landesregierung etc. An den anderen Tagen der Woche, können und sollen konkrete Konflikte auch auf diesen Ebenen organisiert werden. Beim bundesweiten Aktionstag des zivilen Ungehorsams dagegen muss eine Aktion von allen für alle her. Betroffen sind wir alle und Banken gibt es in jeder Stadt. Eine Bank kann schon von 5 Personen besetzt werden, gerne aber auch von 5 000.

Auch wenn die Banken und ihre Anleger als Profiteure der herrschenden Krisenbewältigungsstrategie angegriffen werden, ist das Hauptangriffsziel die Politik. Es ist der Staat, der das Kapital aus seiner Krise rettet und dem unsere Krise scheinbar ist. Während das Finanzministerium aber eben in Berlin sitzt, gibt es Banken in jeder Stadt. Diese werden symbolisch als Profiteure der herrschenden Politik angegriffen. Nicht, weil sie in Gegensatz zur sogenannten „Realwirtschaft“ stünden, sondern im Gegenteil, weil sie Teil derselben sind und das Funktionieren der Banken staatlich genau deswegen garantiert wird. Darüber hinaus gibt es reale Profiteure mit Namen und Adressen. Diese sind nicht „Schuld“ an der Krise, die ein „normales“ und wiederkehrendes Phänomen des kapitalistischen Systems darstellt, wohl aber eben Profiteure und meist besonders aktive Reproduzenten dieses Systems. Und sie haben die Kohle, die uns fehlt und verwalten sie nicht zuletzt in und über Banken. Also dort hin und her damit!

Der Absicherung von Kapitalinteressen wird durch die Aktion die Notwendigkeit der Absicherung menschlicher Bedürfnisse und sozialer Rechte, z.B. dem auf freie Bildung, entgegen gehalten. Diese wird entsprechend der im

Bildungsstreik allgemein aufgestellten Forderungen und des dadurch entstehenden Finanzierungsbedarfs durchaus konkret als Forderung an Apparate formuliert, in diesem Fall indirekt an Bundes- und Landesregierungen und direkt an die Profiteure des Bankenrettungspakets.

Es geht auch darum, kollektive Widerstandserfahrungen zu sammeln und weiterzugeben, Druck von unten und reale Gegenmacht aufzubauen. Eine Aktionsform ist dabei weniger dadurch besonders radikal, dass sie als besonders krass und militant wahrgenommen wird, sondern dadurch, dass viele Menschen gemeinsam und solidarisch eine Regelverletzung begehen, der herrschenden Legalität ihre eigene Legitimität von unten entgegenstellen, und somit einen Bruch mit der herrschenden Ordnung zu vollziehen. Es geht darum, diese Brüche zu vervielfältigen, ihre reale Organisierbarkeit vorzumachen, diese offen und niedrigschwellig zu organisieren, dadurch vielen unterschiedlichen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen und Zustimmung auch durch „Unbeteiligte“ zu produzieren. Dabei geht es auch um Verbreitung und Popularisierung der Idee des Ungehorsams, also des antagonistischen sich-in-Verhältnis-setzens den herrschenden Apparaten gegenüber.

Wir greifen die staatliche Krisenlösungsstrategie direkt an und stellen die Heiligkeit des Privateigentums in Frage. „Banküberfall“ hieß früher auch mal „proletarische Enteignungsaktion“. Der Titel der Aktion spielt mit dieser Bedeutung, bleibt aber niedrigschwellig und konsensorientiert. Es geht um einen symbolischen Banküberfall, nicht um einen Faktischen.

Unversöhnlich, mit breiter öffentlicher Aufmerksamkeit und als Teil gesamtgesellschaftlicher (Klassen-) Auseinandersetzungen gilt es, die Herrschenden im Superwahljahr unter Druck zu setzen. Dennoch geht es dabei direkt um die Krise des Bildungssystems bzw. um unsere eigene. Die Commerzbank hat meine Studiengebühren, her damit!

2. Aktionsvorbereitung

Konstituierung einer bundesweiten Vorbereitungsgruppe als Aktions -AG des Bildungsstreikbündnisses. Es gilt, die Aktion schnell zu bewerben, zu einer tatsächlich bundesweiten zu machen und auch in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Dazu ist es notwendig, dass schnell lokale Vorbereitungsgruppen entstehen, die die konkrete Umsetzung und Bewerbung der Aktion im Vorfeld vor Ort durchführen. Diese lokalen VGs sind bundesweit zu vernetzen, die bundesweite VG hat die Aufgabe, die Gründung lokaler VGs anzuregen und zu unterstützen. Dazu müssen lokale Akteure gezielt angesprochen werden (lokale und regionale Bildungsstreik-Bündnisse, Asten, (hoch)schulpolitisch aktive, politische Gruppen und Organisationen etc.) und durch die allgemeine Verbreitung weitere Leute eingebunden werden.

Dabei brauchen wir zunächst eine Mobilisierungs- AG. Ihre erste Aufgabe ist die Erstellung bundesweiter Mobilisierungsmaterialien: Aufruf bzw. Mobilisierungsflyer, Plakate, evtl. Postkarten, Aufkleber, Buttons etc. Das alles möglichst bis Mitte April und mit ansprechendem Design (Panzerknacker mit gelben Bildungsstreik T-shirts vor Bank ?). Direkt nach dem Berliner Treffen sollte ein erster Flyer erstellt werden, um potentielle TeilnehmerInnen anzusprechen.

Es sollte eine bundesweite Mobilisierungshomepage erstellt werden, in jedem Fall jedoch genau eine Mailadresse und möglichst eine Telefonnummer zur Erreichbarkeit der Vorbereitungsgruppe massiv bekannt gemacht werden. Wir sollten bundesweit Mobilisierungsveranstaltungen machen, sinnvoll wäre hierzu eine von allen nutzbare Powerpoint-Präsentation zu entwerfen, die Aktionsform und – Begründung beinhaltet. Natürlich kann diese spezifische Mobilisierung mit der allgemeinen für den Bildungsstreik kombiniert werden, wird aber gerade auch in ihm weiter stattfinden müssen.

Dazu ein Finanzplan und die koordinierte Bearbeitung von Finanzierungsquellen, Organisation lokaler Banküberfall-Solipartys.

Als Teil dieser Vorbereitungsgruppe sind bundesweit außerdem eine Pressegruppe (PG) und eine Logistikkommission (LK) zu bilden. Diese sind geschlossen, ihre Mitglieder werden auf einem bundesweiten Treffen unter Berücksichtigung von Spektren-, Regional-, Geschlechter- und Statusgruppenproporz bestimmt.

Die Geschlossenheit dieser Gruppen ermöglicht eine produktivere und konstantere Arbeitsatmosphäre, sowie einen gewissen Schutz vor Zivis etc, sowie eine demokratische Kontrolle durch alle Beteiligten.

Auch wenn für die Koordinierung und Konzeption der Umsetzungsideen eine bundesweite Logistikkommission sinnvoll ist, ist hier die Bildung von lokalen LKs an jedem Aktionsort unabdingbar. Die LKs sind Teil der lokalen VGs, ihre Mitglieder sind nur deren engerem Kreis bekannt. Sie treten natürlich nicht öffentlich auf und sind möglichst nicht deckungsgleich mit den Mitgliedern der Pressegruppe. Nur die Mitglieder der LKs wissen jeweils, welche konkreten Banken „überfallen“ werden, wo diese sich befinden, wie man dahin kommt, welche Ersatzziele es gibt etc.

Im Vorfeld sind möglichst viele Aktionstrainings zur Vorbereitung durchzuführen. Natürlich ist eine Beteiligung auch ohne Training möglich, Trainings führen jedoch zu mehr Aktionssicherheit und –bereitschaft sowie zu mehr „richtigem“ Verhalten in der Aktion. Sie bieten einen Freiraum zum Austausch von Erfahrungen, Ängsten und Ideen.

Anrechenpartner hierfür ist das AktionstrainerInnen- Netzwerk Skills for Action. Sinnvoll wäre mindestens ein „Train-the-Trainers“ Training, in denen neben den Aktionstrainingsinhalten auch deren Weitergabe trainiert wird, so dass die Trainings dann an verschiedenen Orten weitergegeben werden können.

Bereits im Mai stellen wir dem Finanzministerium, den Banken und Rettungspaketprofiteuren ein Rettungspaket für unsere Bildung in Rechnung.

Schriftlich an die Profiteure und öffentlich durch eine Pressekonferenz. Die Aktion wird dann als Antwort auf die ausbleibende Solidarität der Bänker durchgeführt.

Kurz vor Beginn des Bildungsstreiks wird die Aktion dann mit dieser Begründung erneut angekündigt.

3. Aktionsdurchführung:

Konzept muss von lokalen Vorbereitungsgruppen jeweils spezifisch erarbeitet werden. Verschiedene Konzepte sollten im Vorfeld diskutiert werden, um bestimmte zu empfehlen, andere vielleicht eher auszuschließen.

3.1.Sammlung:

Da es sich um eine öffentlich angekündigte Massenaktion des zivilen Ungehorsams handelt, sollten die konkreten Treffpunkte öffentlich angekündigt und auch als Kundgebung angemeldet werden, die formal nichts mit der Aktion zu tun hat.

Ausgehend von dieser Sammlungskundgebung wird dann die Zielbank angesteuert. Deshalb sollte die Kundgebung möglichst an einem Ort stattfinden, von dem aus mehrere Zielbanken erreichbar sind. Der Kundgebungsort sollte eine Vielzahl von „Fluchtwegen“ besitzen, in jedem Fall möglichst schwierig polizeilich kontrollierbar sein. Während der Sammlungskundgebung wird der politische Sinn der Aktion nochmal bekanntgegeben. Außerdem wird dabei wie im Vorfeld zur Bildung von Bezugsgruppen aufgefordert.

3.2. Fließen

Von der Kundgebung aus wird die Zielbank aufgesucht. Wegen des öffentlichen Charakters der Aktion ist mit Polizeipräsenz an der Kundgebung von Beginn an zu rechnen. Wo die Aktion ernst genommen wird und wenig potentielle Zielbanken vorhanden sind, kann auch von direktem Polizeischutz der Banken ausgegangen werden.

In jedem Fall ist mit Polizeiabsperrungen zu rechnen, die wir überwinden müssen. Inwiefern dies möglich ist bzw. riskiert werden soll, kann vor Ort unterschiedlich sein. Auch dort, wo die Polizeipräsenz ein Eindringen in die Bank verunmöglicht, kann die Aktion erfolgreich sein. Viele Leute zu mobilisieren und breite öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen ist für die politisch-symbolische Wirkung der Aktion wesentlich wichtiger als das konkrete Betreten einer Bank. Und wo dieses oder ein direktes Blockieren der Bank durch uns von außen nicht möglich ist, dürfte das angestrebte Lahmlegen des Bankverkehrs auch durch eine unfreiwillige Polizeiblockade gewährleistet sein. Auch die Produktion von Bildern a la „Polizeigewalt schützt Bänker vor Schülern“ ist ein Erfolg.

Wir werden an der Polizei vorbei fließen, durch Auseinanderziehen der Polizeiketten zur Produktion von Löchern und Überzahl, im Notfall durch gemeinsames Drücken.

Auch wenn Geschick und Entschlossenheit bei dieser „militärischen“ Komponente durchaus von Bedeutung sind, geht es immer um eine politische Auseinandersetzung. Ohne politische Komponente ist die Polizei militärisch quasi immer überlegen. Entscheidend ist daher, den politischen Preis für Polizeigewalt möglichst hoch zu treiben.

Entscheidende Elemente dafür sind der öffentliche Charakter der Aktion, das öffentliche Kommunizieren von Sinn und Ablauf der Aktion im Vorfeld, die Anwesenheit von Presse, wenn möglich von Prominenz, ein breites Bündnis, die Einbettung in den Bildungstreik, die Einschränkung der Aktionsformen und wieder mal die Zahl der TeilnehmerInnen.

3.3. Aktion in und vor den Banken

Einschränkung der Aktionsformen bedeutet dabei, auch öffentlich klar zu machen, dass wir die Polizei zwar als lästiges Hindernis betrachten, nicht jedoch als Ziel der Aktion. Wir suchen nicht die Konfrontation mit der Polizei, wir wollen nur unsere Kohle!

Gerade auch wenn man den provokanten und symbolisch durchaus korrekten Titel Banküberfall wählt gilt es darauf hinzuweisen, dass BB09 eine Aktion des zivilen Ungehorsams ist, bei dem Banken nicht faktisch überfallen, sondern blockiert werden.. Wir wollen niemanden verletzen (auch keine Polizisten), wir werfen, treten, schlagen nicht und wir klauen nichts.

Dies soll auf keinem Fall eine prinzipielle Abgrenzung gegenüber weitergehenden Aktionsformen bedeuten, wohl aber eine Situation schaffen, die für potentiell Teilnehmende und Sympathisierende transparent, berechenbar und verantwortbar ist. Wir wenden uns nicht nur an eine kleine Minderheit radikalierter AktivistInnen, sondern an breitere Gruppen potentiell ansprechbarer Menschen, die wir auf keinem Fall sinnlos gefährden wollen.

Ein physisches Betreten der Bank ist dabei wünschenswert, jedoch nicht der Kern der Aktion. Je nach lokaler Situation kann die Aktion sowohl in als auch vor den Banken durchgeführt werden. Wir wollen schließlich unser Geld.

Deshalb fordern wir vom Bankdirektor/Filialleiter, die Beteiligung der jeweiligen Bank an einem sozialen Rettungspaket für die Bildung zu unterschreiben. Wird diese Forderung nicht erfüllt, wird die Bank eben weiterhin blockiert/überfallen.

Dazu wird in oder vor der Bank ein zusätzlicher Schalter eröffnet, an dem Mahnschreiben für das Rettungspaket für unsere Bildung verteilt werden. Neben allgemeinen bundesweit verwendbaren Mahnschreiben, die bereits im Vorfeld an die Banken und die Medien verschickt werden, können nun auch individualisierte Mahnschreiben verteilt werden, die von AktionsteilnehmerInnen und PassantInnen ausgefüllt werden können. Dabei kann der individuelle Bedarf zur Lösung der eigenen Krise eingetragen werden.

Die gesammelten Mahnschreiben können dann an den Bankdirektor/Filialleiter zur Unterschrift weitergegeben werden.

Gleichzeitig gilt es dabei, die reale Blockade des Bankgeschäfts zu organisieren. Dafür und für den Mahnschreibenschalter gilt es vorher Verantwortliche zu bestimmen. Außerdem gilt es, durch solidarische Kritik und wenn nötig entschlossenes Eingreifen die Einhaltung des vorher demokratisch vereinbarten Aktionsrahmens zu beachten, in jedem Fall aber alle AktionsteilnehmerInnen kollektiv vor möglicher Repression zu schützen.

3.4. Abbruch und Fortsetzung

Die lokalen VGs sollten sich jeweils im Vorfeld über Abbruchkriterien verständigen.

Ein hypothetisches Abbruchkriterium wäre die Unterschrift durch den Filialleiter, wozu dieser natürlich weder befugt noch bereit ist.

Ein anderer Fall wäre, dass die Aktion im Sinne der erreichten Aufmerksamkeit und realen Blockade erfolgreich war und nun „militärisch“ nicht ohne größere Risiken aufrechterhalten werden kann.

Es gilt, die Kosten/Nutzen Relation zwischen einer Fortsetzung der Aktion und den zu erwartenden Konsequenzen, also der Fähigkeit und Entschlossenheit der Polizei, Festnahmen u.ä. durchzuführen, abzuwägen.

Die Entscheidung zum Aktionsabbruch kann dabei wo dies möglich ist, durch ein Plenum von Bezugsgruppendelegierten getroffen werden, das in jeder statischen Situation (also vor, in, neben, über der Bank sein und Zeit haben) zum Entscheidungs- und Organisierungszentrum der Aktion werden sollte; wenn dies nicht entwickelt werden kann, bricht die VG bzw. die LG die Aktion bei Bedarf ab.

Was dann nicht das Ende der Aktion bedeuten muss. Es ist möglich, von einer Bank zur nächsten zu ziehen und dabei auch Polizei abzuhängen. Dies kann durch Mund-zu-Mund Propaganda oder durch kleine Zettelchen gewährleistet werden („11 Uhr, Dresdner Bank, Bismarckstr. 14“). Dadurch kann die Aktion auch nacheinander an 2-3 verschiedenen Banken durchgeführt werden. Eine Spielart davon wäre, die Auftaktkundgebung bereits als Aktion vor einer (dann natürlich massiv polizei-geschützten) Bank durchzuführen und von dort aus dann mit Überraschungseffekt zu einer anderen weiterzuziehen.

4. Presse

Die Aktion sollte den (bürgerlichen) Medien gegenüber durch eine bundesweite Pressegruppe bzw. die Presse-AG der Projektgruppe Bildungstreik vertreten werden. Dies garantiert die Ansprechbarkeit der Aktion und eine möglichst direkte Darstellung der Aktionsinhalte in den Medien. Bleibt eine bundesweit durch die Vorbereitungsgruppe organisierte Pressearbeit aus, wird eine solche Darstellung dem Zufall überlassen. Dies wird entweder durch die Pressegruppe des Bildungstreiks gewährleistet oder durch eine eigene Pressegruppe nach dem gleichen Modell (PresseprecherInnen plus zuarbeitende/beratende Pressegruppe).

Grundsätzlich gilt, dass die hegemonialen Medien Teil der Herrschaftsstrukturen sind, die wir durch diese Aktion angreifen. Ihr „Verständnis“ für unsere Aktion ist von daher begrenzt, ihre Kanäle sind nur selektiv durchlässig für unsere Botschaft. Daher gilt es stets auf exakte, zitierfähige, juristisch nicht angreifbare, einfach verständliche und schlecht missbrauchbare Formulierungen zu achten.

Neben der bundesweiten Pressegruppe ist die Bildung lokaler PGs notwendig, um auch eine direkte Ansprechbarkeit für lokale und regionale Presse zu gewährleisten. Diese sollten eng mit der bundesweiten Gruppe koordiniert sein, bzw. sich mit ihr überlappen. Auch lokal sollten bereits vor der Aktion Pressekonferenzen/Erklärungen stattfinden, bei denen die lokalen Medien über die Aktion informiert werden.

Die bundesweite Pressegruppe hat dabei auch die Aufgabe, Formulierungsvorschläge, Erklärungen etc. vorzubereiten, die dann lokal angepasst und übernommen werden können. Die PG bewirbt dabei BB09 als Aktion des zivilen Ungehorsams und stellt den Aspekt der kollektiven Regelverletzung mit dem Ziel einer politischen Botschaft in den Mittelpunkt. Dabei geht es vor allem natürlich darum, den politischen Sinn der Aktion zu erklären. Wahrscheinlich ist für die MedienvertreterInnen jedoch der konkrete Charakter der Aktion interessanter, insbesondere ist dabei auf Diffamierungs- und Spaltungsversuche zu achten. Der ungehorsame, illegale, aber auch niedrigschwellige und de-eskalative Charakter der Aktion ist dabei offensiv zu vertreten und entsprechend zu begründen.

Das vereinzelte Auftreten von Aktionsformen, die nicht von BB 09 organisiert werden, ist dabei nicht auszuschließen (eine zerbrochene Bankscheibe, ein geworfener Stein etc.). Entsprechend der –bei JournalistInnen meist unbewußt vorhandenen– Diffamierungs- und Spaltungstaktik werden diese dann gerne überdimensional aufgebläht und als Probleme konstruiert. Die PG hat daher auch die Aufgabe, solche Aktionsformen in erster Linie zu deckeln, aber auch ihrer (Pseudo-) Relevanz zu berauben.

Gewaltfreiheit ist dabei ein bürgerlich-ideologisches Konstrukt, zu dem sich zu bekennen von ProtestsprecherInnen fast immer verlangt wird.

Auch eine völlig deeskalative Sitzblockade übt, wenn sie real blockiert, natürlich Gewalt aus. Die Benutzung des Begriffs „Gewalt“ sollte daher auf die Beschreibung von Polizeigewalt oder der Gewalt der herrschenden Politik beschränkt bleiben.

Auch die beliebte Gewaltfrage kann so offensiv beantwortet werden:

„BB 09 ruft zu solchen Aktionsformen (auf gar keinem Fall: „Straftaten“, „Gewaltakten“ etc.) nicht auf. BB 09 ist eine Aktion des zivilen Ungehorsams“; und: „Wir distanzieren uns von jeglicher Polizeigewalt, wir distanzieren uns nicht von sozialem Widerstand!“ „Was ist eine zerbrochene Fensterscheibe gegen die Gewalt, Millionen von Menschen ihre Bildungs- und Lebenschancen zu verbauen?“

5. Juristisches/Repression

„Banküberfall“ ist kein strafrechtlich definierter Tatbestand. Was landläufig als solcher bezeichnet wird, heißt juristisch „Bewaffneter Raubüberfall“ und hat mit BB 09 nichts zu tun.

AktionsteilnehmerInnen begehen durch Blockade einer Bank oder Straße eine Ordnungswidrigkeit, die mit falsch parken vergleichbar ist.

Unbefugter Aufenthalt in einem Gebäude ist als Hausfriedensbruch strafbar (Geldbuße bzw. Arbeitsstunden). Mensch begeht diesen entweder durch widerrechtliches Eindringen in das Gebäude oder durch nicht- Verlassen nach ausdrücklicher Aufforderung durch den Inhaber des Hausrechts. Da geöffnete Banken öffentlich zugängliche Gebäude sind, ist der erste Fall nur dann möglich, wenn wir uns tatsächlich durch Wegdrücken von Sicherheitspersonal Zutritt verschaffen, zweiterer nur dann wenn wir dann weiterhin im Gebäude verbleiben.

Notwendig ist die Organisierung eines EAs (Ermittlungs-Ausschuss). Bundesweit und wo möglich zusätzlich lokal ist eine konstant besetzte Telefonnummer anzugeben, die Infos über Verhaftungen etc. sammelt, Nachfragen bei Repressionsapparaten stellt und Kontakt zu AnwältInnen hält. Dieser kann evtl. mit einem Info-Telefon kombiniert werden.

Repression kann bei einer von vielen Leuten mitgetragenen und breit bekannten Aktion durchaus positive Affekte haben, wenn die Kosten gemeinsam getragen (Solipartys etc.) und mögliche Prozesse etc. offensiv politisch ausgeschlachtet werden. Auch das gilt es zu organisieren. Der beste Schutz gegen Repression ist neben ein bisschen Geschick eine breite Verankerung, Offenheit und natürlich eine grosse TeilnehmerInnenzahl.

Denn, mal ehrlich

„Was ist schon ein Banküberfall gegen den Besitz einer Aktie?“
Bertolt Brecht

--